Gemeinde Marienheide
Der Bürgermeister

Niederschrift

Gremium			
Ausschuss für Klima und Umwelt			**06. Sitzung**
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			**01.06.2022**
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
19.05.2022		**18:05 Uhr**	**21:54 Uhr**

Anwesend sind:

Ratsmitglieder CDU

Ammermann, Harald	CDU	
Bringheli, Salvatore	CDU	
Hillrichs, Birgit	CDU	
Wasserfuhr, Andre	CDU	Vertretung für Frau Katharina Kronenberg
Zander-Wörner, Kirsten	fraktionslos	

Ratsmitglieder SPD

Geisel, Fabian	SPD
Hanke, Karl-Heinz, Dr.	SPD

Ratsmitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Schiefer, Michael	Bündnis 90/Die Grünen

Sachkundige Bürger CDU

Däinghaus, Udo	CDU

Sachkundige Bürger SPD

Weier, Paul	SPD

Sachkundige Bürger Bündnis 90/Die Grünen

Schäfer, Sebastian	Bündnis 90/Die Grünen

Sachkundige Bürger UWG

Manthei, Andreas	UWG

Sachkundige Bürger FDP
Heringer, Reimund FDP

Sachkundige Einwohner
Schaumburg, Detmar bis 21:14 Uhr

Es fehlten:

Ratsmitglieder CDU
Kronenberg, Katharina CDU

Sachkundige Einwohner
Mansel, Gerhard
Platten, Florian

Verwaltung:

Dreiner, Christoph
Golinski, Sebastian
Schulze, Christina
Schreiber, Marion (Schriftführerin)

Gast:

Kiesau, Lara Ing.-Büro Gertec, Essen (zu TOP 1)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss für Klima und Umwelt ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende die sachkundige Bürgerin Frau Anette Kulosa-Regh und den sachkundigen Einwohner Herrn Detmar Schaumburg.

Öffentliche Sitzung:

1	**Sachstandsbericht Integriertes Klimaschutzkonzept**	Drucksache Nr.

Frau Kiesau, (Ing.-Büro Gertec), präsentiert die Inhalte und die Ziele des integrierten Klimaschutzkonzepts der Gemeinde Marienheide. Sie stellt insbesondere die Energie- und Treibhausgasbilanz sowie die Potentiale und Szenarienentwicklung zur Verringerung des CO_2-Verbrauches vor. Die entsprechende Präsentation ist in der Anlage beigefügt.
RM Hanke erkundigt sich nach der Ermittlung der Verkehrszahlen. Frau Kiesau erklärt, dass diese sich durch bundesweite Verkehrszählungen ergeben und auf Marienheide heruntergebrochen werden. Weitere Fragen der Ermittlung einzelner Werte werden ebenfalls beantwortet.
SB Däinghaus möchte wissen, wie hoch die Eintrittswahrscheinlichkeit der Szenarien sei. Diese, so Frau Kiesau, beruhen aus Ist- und Erfahrungswerten. Weitere Fragen zu den Berechnungen werden beantwortet. Im Klimaschutzkonzept wird darauf dann noch vertieft eingegangen. SE Schaumburg merkt dazu an, dass die Worst-Case-Szenarien sogar oft übertroffen werden. Weiter weist er darauf hin, dass die Einhaltung der Ziele mit jedem Jahr, das später angefangen werde, unwahrscheinlicher sein werde. Das Klimaschutzszenario sei zu optimistisch. Jedes Jahr werde das zur Verfügung stehende CO_2-Budget kleiner. SB Schäfer ist überzeugt, dass die Ziele gar nicht eingehalten werden könnten.
Auf den Hinweis von Frau Zander-Wörner, dass das Wachstum von Pflanzen nicht eingerechnet worden sei, merkt Herr Schaumburg an, dass derzeit auch durch Wald kein CO_2 produziert werde. Der Verlust von Biomasse sei überall schon sichtbar.
Herr SB Heringer möchte wissen, warum denn erst im Jahre 2050 mit einem Anteil von 50% Ausbau Windenergie gerechnet werde, da der Ausbau doch heute schon möglich sei. Frau Kiesau antwortet, dass man immer mit einem Zeitraum rechnen müsse, bis Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden können. Herr Dreiner merkt dazu an, dass im bundesdeutschen Durchschnitt von der Planung über die Genehmigung bis zur Umsetzung einer Windkraftanlage aktuell ca. sieben Jahren vergehen.
Herr Golinski übernimmt den zweiten Teil der Präsentation und stellt die Zielsetzung und das Leitbild der Gemeinde vor.
Er weist daraufhin, sobald die nächsten Schritte/Maßnahmen erfolgt sind, können genaue Berechnungen folgen. Das Leitbild solle daher auch in der nächsten Sitzung des Ausschusses beschlossen werden. Herr Schaumburg merkt an, dass Leitbilder mit einem Zeithorizont bis in das Jahr 2050 nicht die aktuelle Problemlage

widerspiegeln. Es müssten bereits viel konkrete Leitbilder für die nächsten Jahre erarbeitet werden.
Weiter müsse man auch immer berücksichtigen, dass durch Planungen (z.B. ein neues Gewerbegebiet) zusätzliche Treibhausgasemissionen entstehen. Daher komme der Gemeinde bei der Zielerreichung eine Schlüsselrolle zu.

Frau RM Hillrichs und Herr SB Schäfer fragen nach dem weiteren Fahrplan des Klimaschutzkonzeptes.
Herr Dreiner erklärt die formelle Beschlussfolge. Der Ausschuss für Klima und Umwelt soll in der nächsten Sitzung dem Rat der Gemeinde eine Beschlussempfehlung geben. Das finale Konzept mit den Maßnahmen sollte durch einen Beschluss des Rates manifestiert werden.

Herr Golinski stellt sodann den Maßnahmenkatalog vor. Das Ziel kann erst dann konkret gesteckt werden, wenn Steckbriefe für jede einzelne Maßnahme erstellt worden sind. SB Schäfer schlägt die Umsetzung von starken Zielen vor, um dem Klimaschutz gerecht zu werden.

SB Schäfer und SE Schaumburg fordern mehr Verbindlichkeit im Konzept. Viele Maßnahmen seien zu vage formuliert.

RM Dr. Hanke fragt nach, ob man in dem Konzept ein Sanierungsgebiet festlegen könne, da bei den privaten Haushalten viel Einsparungspotential liege. So wichtig die Projekte in der Mobilität auch seien, verringern diese doch nur sehr gering den CO_2-Verbrauch in Marienheide.
Herr Dreiner antwortet, dass die Festlegung eines Sanierungsgebietes im Konzept nicht möglich sei. Hierzu bedarf es der förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches. Sollten die gesetzlichen Voraussetzungen zur Behebung städtebaulicher Missstände für räumlich umrissene Gebiete vorliegen, wäre sodann auch die Bereitstellung von Fördergeldern denkbar. Dazu müsse die Gemeinde aber eine förmliche Sanierungssatzung beschließen. Das Klimaschutzkonzept sei hierfür schon rein rechtlich nicht das richtige Instrument.

2	**Vorstellung und Besprechung der Maßnahmen des Integrierten Klimaschutzkonzepts**	Drucksache Nr. **IV/060/22**

Herr Golinski verweist auf die Informationsvorlage. Die Formulierungen seien so gewählt, damit sie auch in einem realistischen Szenario umgesetzt werden können. So liegt bspw. der Ausbau von Windenergie nicht vollumfänglich in den Händen der Gemeinde.

Herr Golinski erklärt das Instrument der Live Umfrage. Nach der Vorstellung der Maßnahmen der einzelnen Handlungsfelder, werden die angemeldeten Fragen zu den einzelnen Punkten erörtert.

Handlungsfeld 1: Mobilität

1.4 Car-Sharing von Privat- und Dienstfahrzeugen via APP oder „Dorf-Auto“
Die Nutzung wird in Frage gestellt. Frau Schulze erklärt, dass geplant sei, den Dienstwagen und ein 2. Fahrzeug (E-Auto) für das Car-Sharing anzubieten.
In diesem Zusammenhang wünscht sich RM Geisel einen Bürgerbus, welcher nicht nach Fahrplan, sondern nach der Nachfrage fährt.

1.6 Unterstützung des Verleihs von Fahrrädern und (Lasten-) Pedelecs oder weiterer Sharing-Systeme
Frau RM Hillrichs gibt zu bedenken, dass ein Fahrradverleihsystem für Marienheide nicht umsetzbar erscheint.
Frau Schulze führt aus, dass man dieses auch nur kreisweit denken kann. So müsse z.B. sichergestellt werden, dass ein Fahrrad in Marienheide ausgeliehen und in Gummersbach wieder abgegeben werden kann.

Herrn SB Schäfer fehlt in dem Konzept der Bürgerbus.

1.9 Fortlaufende Prüfung zur Verbesserung der Radwegenetze
SB Schäfer regt an, die Maßnahme klarer zu formulieren. Denn eine bloße Prüfung schaffe noch lange keinen wirklichen Nutzen. Konkret solle dort als Maßnahme stehen, dass die Gemeinde das Radwegenetz verbessert.
Verwaltungsseitig könne man mit dem Formulierungsvorschlag „leben“.
RM Dr. Hanke weist jedoch darauf hin, dass es auch Aufgabe der Politik sei, die Umsetzung der Maßnahmen immer wieder bei der Verwaltung zu erfragen. Es bestehe immer eine Mitwirkungsverpflichtung der Politik. Daher wäre die getroffene Formulierung für ihn vertretbar.

Herr Golinski schlägt vor, die Anregung zur konkreteren Formulierung der Maßnahme 1.9 auf Grundlage der Aussage von Herrn SB Schäfer zu übernehmen. Es gibt keine gegensätzlichen Äußerungen. Die Anregung wird somit aufgegriffen.

1.10 Prüfung und Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes
Es gibt ein Mobilitätskonzept des OBK, dieses kann jedoch bei 13 Kommunen nicht unbedingt den Ansprüchen jeder einzelnen Kommune gerecht werden, wenngleich es natürlich wichtig sei, dass man Mobilitätsprojekte kreisweit denkt. Man sei sich allerdings verwaltungsseitig auch noch unentschlossen, ob es tatsächlich eines Mobilitätskonzeptes für Marienheide bedarf, da bereits viele Maßnahmen in der Planung bzw. Umsetzung seien (z.B. Ladesäulen, Car-Sharing, Mobilstationen, etc.). Man könne auch bspw. nur über ein Radwegekonzept nachdenken.

Auf Nachfrage von Herrn Golinski, ob die Maßnahme 1.10 aus dem Konzept genommen werden soll, gibt es keine Zustimmung. Die Maßnahme 1.10 wird somit beibehalten.

2. Erneuerbare Energien

2.1 Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen im Bereich Windenergie und Ableitung möglicher dadurch resultierender Potenziale
SB Schäfer regt folgenden Formulierungsvorschlag an: „Unterstützung von Initiativen zum Bau von Windenergieanlagen mit Bürgerbeteiligung."

Nach kurzer Diskussion schlägt Herr Golinski vor, die Formulierung der Maßnahme 2.1 auf Grundlage der Aussage von Herrn SB Schäfer zu übernehmen. Es gibt keine gegensätzlichen Äußerungen. Die Formulierung wird somit übernommen.

RM Geisel erkundigt sich, ob PV-Anlagen in einem Kataster erfasst seien.
Es gäbe ein Solarkataster des Kreises. Dies könne natürlich nur sehr grobmaschig sein und erste Anhaltspunkte liefern, so Herr Dreiner.

2.5 Beobachtung der Umsetzungsmöglichkeiten im Bereich erneuerbare Wärmenutzung und Ableitung möglicher dadurch resultierender Potenziale
SB Schäfer regt an, das Wort „Beobachtung" durch „Unterstützung" zu ersetzen. Dieser Vorschlag wurde allgemein angenommen.

Handlungsfeld 4: Stadtentwicklung

4.1 Klimaschutzleitlinien in der Bauleitplanung als Beschluss
Die Frage von SB Däinghaus zum Regelungsumfang zur Bauleitplanung wird von Herrn Dreiner beantwortet.

Handlungsfeld 5: Klimaanpassung

5.1 Entwicklung einer Konzeption für die zukünftige Entwicklung der Gemeindewälder mit Fokus auf gezielte Aufforstung vom Mischwälder
SB Schäfer regt an, das Wort „Aufforstung" durch „Wiederbewaldung" zu ersetzen. Der Vorschlag wird von Herr Golinski befürwortet.

5.2 Erstellen einer Baumschutzsatzung für ausgewählte Bäume
RM Dr. Hanke gibt zu bedenken, dass Baumschutzsatzungen oft zu Gerichtsprozesses führen würden und regt an, einzelne Bäume als Naturdenkmal festzusetzen. Diese Festsetzung obliegt jedoch dem Kreis in seiner Funktion als Träger der Landschaftsplanung. Geplant sei lediglich auch nur die Festsetzung einzelner, schutzwürdiger Bäume, die nicht im planungsrechtlichen Außenbereich liegen, so Herr Dreiner.
SB Schäfer regt an, Herrn Schmitz (NABU Oberberg) und einen Förster für eine Vorstellung/Information zum nächsten AKU einzuladen.

Herr Golinski informiert den Ausschuss darüber, dass diese Maßnahme auch gestrichen werden könne, da sie nicht zur CO_2-Einsprarung beitrage.
Abstimmung: angenommen, bei 2 Gegenstimmen; Die Maßnahme 5.2 wird gestrichen.

Handlungsfeld 8: Gewerbe

8.1 Kreisweite Beratungsangebote bzw. Vernetzungstreffen
Herr Golinski verweist auf die Wirtschaftsförderung des OBK, die bereits seit vielen Jahren mit Unternehmen im Kontakt stehe und dort auch das Know-how vorhanden sei. SB Schäfer bejaht dies und verweist ebenfalls auf die IHK und die Handwerkskammern. Er gibt zu bedenken, dass die Handlungsfähigkeit der Gemeinde in Bezug auf die Unternehmen beschränkt sei.

Herr Golinski erklärt, dass die Wirtschaftsförderung des OBK und der kommunale Klimaschutz des OBK zukünftig eine Kooperation anstreben. Ziel sei es, den Unternehmen des OBK alle klimaschutzrelevanten Themen näher zu bringen und gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten im Sinne des Klimaschutzes aufzuzeigen.

Herr SB Schäfer äußert seine Bedenken, dass der Fokus überwiegend auf den größeren Unternehmen liegt und die kleinen Unternehmen evtl. nicht genügend Beachtung erhalten.

Von Seiten des Ausschusses wird zusätzlich angeregt, das Handlungsfeld 8 Gewerbe um die „Landwirtschaft“ und den „Forst“ zu ergänzen.

Herr Golinski bittet bei Bedarf um zeitnahe Rückmeldung, falls Interesse an der Zusammenarbeit bei den detaillierten Maßnahmensteckbriefen besteht. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass Handlungsfelder, die einzeln nicht umsetzbar seien, nicht entfallen, wenn sie zusammengeführt werden.

3	**Neuaufstellung Regionalplan Köln; Stellungnahme der Gemeinde Marienheide zur öffentlichen Auslegung des Regionalplans**	Drucksache Nr. **BV/059/22**

Herr Dreiner führt in das Thema ein und erläutert die wesentlichen Änderungen zum Entwurf des neuen Regionalplans. Die dem Plan zugrundeliegenden Berechnungen (Bedarfe) wurden durch die Bezirksregierung mit Hilfe einer landeseinheitlichen Methode ermittelt.
Herr SB Däinghaus möchte wissen, ob in den Bedarfsberechnungen für Wohnen und Gewerbe auch Ausgleichsflächen enthalten seien, da die zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen häufig zu Lasten der Landwirtschaft gehe.
Ausgleichsflächen sind nicht in der Bedarfsberechnung enthalten, da Art und Umfang auch von der jeweiligen, konkreten Bauleitplanung abhänge, erklärt Herr Dreiner. Es stimme natürlich, dass eine Bebauung häufig auf landwirtschaftlichen Flächen erfolge. Am Ende des Tages müsse man genau darauf achten, welche Flächen für eine bauliche Inanspruchnahme in Frage kommen können. Dies sei auch eine Frage der Abwägung und Gewichtung der unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse, da die Fläche ein kostbares, nicht vermehrbares Gut sei.

Frau RM Hillrichs trägt Bedenken für die durch die Verwaltung angeregte, zusätzliche ASB-Fläche am Hermannsberg vor. Es hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass die Entwässerung in dem Bereich schwierig, die Verkehrsbelastung bereits jetzt hoch und eine Bebauung in der Nähe des Friedhofes nicht angemessen sei. Man dürfe auch die ökologischen Gegebenheiten nicht außer Acht lassen. Es handele sich hierbei um Waldflächen.
Herr Dreiner betont, dass man bereits im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans diese Fläche intensiv geprüft habe. Die öffentliche Auslegung stehe noch aus. Dies müsse man weiter abwarten, auch die landesplanerische Bestätigung der Bezirksregierung. Eine Entwässerung sei sicherlich aufwändig, technisch aber zu lösen. Zusätzliche ASB-Reserven im Regionalplan erscheinen notwendig, da die Gemeinde zum einen Handlungsspielräume benötige. Denn es zeige sich häufig in der Praxis, dass nicht jede Regionalplanreserve geeignet sei, diese auch planerisch für eine bauliche Nutzung umzusetzen. Dies wisse man bei vielen Flächen schlichtweg nicht im Detail (z.B. Eigentümerbereitschaft, Baugrundverhältnisse, Artenschutz, etc.). Zum anderen ist auch ein vielfältiges Flächenangebot eines der wenigen Instrumente, mit denen die Gemeinde den steigenden Bodenpreisen entgegenwirken könne.
RM Geisel fügt hinzu, dass auch nicht jede Reserve tatsächlich bebaut werden müsse. Dies könne man auch immer noch zu einem späteren Zeitpunkt auf Ebene der gemeindlichen Bauleitplanung entscheiden, so Herr RM Dr. Hanke. Herr Dreiner bestätigt dies.

Herr SB Schäfer signalisiert, dass er dem Entwurf der Stellungnahme nicht zustimmen werde. Zusätzliche Regionalplanreserven für eine Siedlungsentwicklung seien für Marienheide nicht notwendig. Die vorhandenen Reserven würden bei weitem ausreichen. Er unterstützt das Vorgehen der Bezirksregierung.
Herr Dreiner weist daraufhin, dass diese Bedenken insbesondere im ersten Spiegelstrich der Stellungnahe zu Ziel „Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten“ thematisiert werden. Er schlägt daher vor, dass man über den konkreten Punkt direkt abstimmen könne, da der Regionalplan noch viel mehr Regelungsinhalte besitze und sich auch die Stellungnahme der Verwaltung auf vielerlei verschiedene Punkte in den Bereichen Siedlungsentwicklung, Freiraum und Infrastruktur beziehe. Bei einem mehrheitlichen Beschluss würde sodann dem BPA die Beschlussempfehlung des AKU vorgelegt. Gleichzeitig betont er, dass bei einem mehrheitlichen Beschluss zur Streichung der Stellungnahme zu Ziel Z3 gleichermaßen auch die angeregten, zusätzlichen Regionalplanreserven gem. Anhang zu dieser Stellungnahme (vgl. ASB-Reserven Nr. I-III; GIB-Reserve Nr. VI) entfallen würden.

Es erfolgt eine Abstimmung zu Streichung der Stellungnahme zu Ziel „Z3“:

Abstimmungsergebnis:
2 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen
Aus der Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans wird das Ziel „Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten“ herausgenommen.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschussvorsitzende RM Schiefer verliest den Beschlussvorschlag insgesamt:

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen, 1 Enthaltung
Die als Anlage beigefügte Stellungnahme der Gemeinde Marienheide zum Aufstellungsverfahren der Neuaufstellung des Regionalplans Köln – mit Ausnahme der Anregung zu Ziel Z.3 - wird beschlossen.	

4	**Mitteilungen und Verschiedenes**	Drucksache Nr.

PV-Förderung
Herr Golinski teilt mit, dass die Förderung der PV-Anlagen seitens der Gemeinde seit dem 07.02.2022 sehr gut verlief. Bis Mitte April wurden Anträge angenommen. Die Antragstellenden erhielten einen Zuwendungsbescheid oder einen Platz auf der Warteliste.

„Heier Wäldchen“
Die Logoentwicklung für das Heier Wäldchen verläuft ebenfalls vielversprechend und wird im nächsten AKU vorgestellt. Bisher wurden über 20 Logos eingereicht. Diese werden im nächsten Schritt noch einmal optimiert und schließlich digitalisiert. Letztlich soll eine Auswahl von etwa 3-6 Logos für eine öffentliche Abstimmung getroffen werden.

Das Zusammentragen von Informationstexten von SchülerInnen der Gesamtschule für das Heier Wäldchen soll noch vor den Ferien erfolgen. Die weitere Bearbeitung und Umsetzung soll nach den Sommerferien erfolgen.

Wildblumenwiese
Die Entwicklung einer Fläche an der Pestalozzistraße ist aus Kostengründen nicht umsetzbar, so Frau Schulze.

Alltagsradweg
Eine Verwaltungsvereinbarung mit Straßen.NRW wird derzeit erarbeitet, so Frau Schulze.

Ladesäulen
Die Fundamente für die Ladesäulen werden in Kürze geliefert, sodass die Ladestellen am Bahnhof, an der Klosterstraße und an der Hauptstraße voraussichtlich im Juli betriebsbereit sein werden, so Frau Schulze

Vorsitzender:

gez. Michael Schiefer

Schriftführerin:

gez. Marion Schreiber

Gesehen:

gez. Stefan Meisenberg
Bürgermeister